

Weniger Ungleichheit ist für alle besser, sagt der Ökonom

Thomas Pikettys neues Buch ist in vieler Munde. Gelesen haben die 1300 Seiten wohl wenige. Der Pariser Ökonomeprofessor setzt sich umfassend mit der Verteilungsfrage auseinander und belegt, dass in Zeiten tiefster Ungleichheit, von 1950 bis 1990, Produktivität und Wirtschaftswachstum am höchsten waren.

Claudia Nielsen

Die eindrücklichen Datenreihen beginnen im Frankreich des 14. Jahrhunderts. Zwei Kleinstgruppen verfügten über fast das gesamte Vermögen: Der Klerus mit 1,4 und der Adel mit zwei Prozent der Bevölkerung. Sie hielten sich gegenseitig in Schach und die anderen 96 Prozent zusammen. Erstaunlicherweise überdauerte diese Verteilung ausserkontinentale Eroberungen und Sklavenhandel ebenso wie die Französische Revolution. Noch 1910 verfügten in Frankreich die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung über weniger als zwei Prozent des Vermögens und 15 Prozent des Einkommens. Die Entwicklung verlief in weiten Teilen der Welt recht ähnlich, bis 1920 die Ungleichheit abnahm und sie zwischen 1950 bis 1990, zwar immer noch ausgeprägt feststellbar, aber so tief wie nie war. In dieser Phase wuchsen Produktivität und Wirtschaft wie nie vorher und nicht nachher.

Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Gabelungen

Immer wieder, so Piketty, wären neue Konzepte und Instrumente möglich gewesen. Dies untermauert er mit höchst unterschiedlichen Systemen wie den USA, Brasilien, Russland, Indien oder China. So verschieden die Brüche waren, so nachvollziehbar schildert er sie als Gabelungen, wo auch ein anderer Weg hätte eingeschlagen werden können. Das Eigentumsprinzip dagegen – im sowjetischen und chinesischen Fall das Staatseigentum – behielt über die Jahrhunderte unantastbaren Status. Entsprechend wurden bei der Abschaffung der Sklaverei die Sklavhalter entschädigt und nicht etwa die Sklaven. Diese mussten ihre Freiheit oft «abverdienen». Im Falle Haitis wurden dem neuen Staat mehr Schulden aufgebürdet als je einem europäischen Land Reparationszahlungen. Ende des 17. Jahrhunderts setzten sich in europäischen Ländern höhere Steuern durch – aus heutiger Warte sind zehn Prozent des Nationaleinkommens wenig –, und sie legten so an Finanzkraft zu. Das osmanische und das chinesische Reich blieben bei tiefen Steuern und büsst an Position im Weltgefüge ein.

Anfang der 1940er-Jahre führten die USA eine starke Steuerprogression ein mit Spitzensätzen bis zu 90 Prozent auf Vermö-

gen. Damit verfügte der Staat über Mittel für Bildung, Forschung, Gesundheit und Infrastruktur. Viele Arbeiterkinder besuchten Hochschulen, lebten gesünder und verwirklichten Perspektiven. Sie gehörten zu den mittleren 40 Prozent. Allen voran wuchs in den USA die Wirtschaft ab 1950 in ungeahntem Tempo. In mancher Hinsicht ein richtiges Erfolgsmodell. Das war die Zeit, als die «Tellerwäscher»-Karriere nicht nur Mythos war, sondern gelegentlich Realität. 1980 setzte der Reagan'sche und Thatcher'sche Steuer-senkungsfeldzug ein, in der Schweiz machte «Mehr Freiheit, weniger Staat» Furore, in der UdSSR und in China begann es zu brodeln. Heute zeigt sich, wie wenig die damaligen Versprechen Realitäten standhalten.*

1980 nahmen die obersten zehn Prozent in den USA, Russland, China zwischen 25 und 35 Prozent des Gesamteinkommens ein und 2018 zwischen 35 und 55 Prozent. Die ärmeren 50 Prozent der Bevölkerung mussten mit sinkender Kaufkraft und schlechterem Zugang zu Bildung, Gesundheit und weiteren (ehemals) öffentlichen Leistungen auskommen. Von Sparen konnte keine Rede sein. Es war also nicht so, dass zunehmende Ungleichheit nach einer gewissen Zeit für alle positiv war. Im Gegenteil, parallel oder vielleicht infolge tieferer Konsumausgaben halbierte sich nach 1990 in den USA das Wirtschaftswachstum.

Ein wissenschaftliches Werk

Menschen aus der ärmeren Bevölkerungshälfte stehen heute auf der Verliererseite mit wenig Aussicht auf Besserung. Aufs Überleben konzentriert, bleibt ihnen kaum Zeit für Politik, sie sind ihrer müde oder haben kein Wahlrecht. Separatismus, demokratische Ratlosigkeit, Umweltschäden oder Fremdenfeindlichkeit verknüpft Piketty einleuchtend mit der Gerechtigkeitsfrage.

Getreu seinem Anspruch, je besser gebildet und informierter die Gesellschaft sei, desto inakzeptabler sei es, «Wirtschafts- und Finanzfragen der fragwürdigen Kompetenz



einer kleinen Gruppe von Experten zu überlassen», täte dem Werk leichtere Lesbarkeit gut. Dazu bräuchte es mutiges Kürzen, journalistisches Lektorat, einschubfreie Argumentationslinien, moderne Illustrationen und peppigere, gar interaktive Grafiken sowie weniger französischer Fokus. Wer sich nicht Tage ins schwere Buch verabschieden mag, verzichte auf gute polit-historische Weiterbildung und beginne auf Seite 1057. Mindestens das wäre vielen Parteileuten zu empfehlen.

Ob es die Sozialdemokratie nachholen kann

Hätten es die sozialdemokratischen Parteien Ende des letzten Jahrhunderts endlich geschafft, sich wirksam transnationalistisch auszurichten und Erreichtes auf dieser Ebene weiterzuführen, könnte die Welt anders aussehen, meint Piketty. Gerade die «Heuchelei im Bildungswesen» geht ihm auf den Keks. Zum Glück lässt er uns mit dem Elend nicht stehen, sondern macht ab Seite 1000 Vorschläge, wie wir da wieder rauskommen können: Die Macht, Steuern per Mehrheitsentscheid festzulegen und auszugeben, soll einem Zusammenschluss europäischer Parlamente übertragen werden – einem transnationalen demokratischen Raum aus bereitwilligen Ländern.

Vier grosse, progressiv ausgestaltete Gemeinschaftssteuern seien zu erheben, eine Körperschaftssteuer, eine Steuer auf hohe Einkommen, eine Steuer auf hohe Vermögen und eine CO₂-Steuer. Total vier Prozent des BIP wäre eine gute Grösse, die Hälfte für die Staatshaushalte und die Hälfte für gemeinsame Ausgaben für Energiewende, Forschung, Bildung und Lebensgrundlagen für MigrantInnen. An 25-jährige EinwohnerInnen wäre ein Startkapital auszurichten, das sie sparen oder frei investieren könnten für einen Herzenswunsch, eine Fortbildung, ein eigenes Unternehmen – sprich, das Verwirklichen einer Perspektive.

Thomas Piketty: **Kapital und Ideologie**. C.H. Beck Verlag, 2020, 1312 Seiten, 53.90 Franken.

Piketty stellte sich am 11. März in Zürich der Diskussion mit einer Corona-bedingt kleinen Gruppe von SozialdemokratInnen. P.S. berichtete am 20. März.

* Leider braucht es wenig hellseherische Fähigkeiten, um sich die Fortsetzung oder noch schlimmer den Knick der Pickettyschen Grafik-Kurven durch die Corona-Pandemie vorzustellen. Ohne beherzten Einsatz des Staates wird die Ungleichheit zunehmen. Siehe dazu P.S. vom 29. Mai.